

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig merkt an, auf Vorschlag der Haushaltsstrukturkommission und des Stadtvorstandes habe der Stadtrat am 25.08.2011 einstimmig Eckwerte für die Haushaltspläne 2012 ff. beschlossen. Sie seien die bindende Grundlage für den Haushaltsentwurf des Stadtvorstandes gewesen. Gleichwohl hätte man mit dem erreichten Ergebnis der Haushaltskonsolidierung nicht zufrieden sein können. Deshalb habe er in seiner Haushaltseinbringungsrede am 16.12.2011 ergänzend zum Haushaltsentwurf das „17-Punkte-Strukturprogramm“ für 2012 vorgelegt. Mit beiden habe sich vorbereitend der Haupt- und Finanzausschuss auseinander gesetzt. Insgesamt habe dieser über 28 Stunden über den Haushaltsentwurf und das „17-Punkte-Programm“ gesprochen. Er wolle dieses hier auch ausdrücklich nach außen deutlich machen, weil die Ausschüsse nicht öffentlich tagten und vielleicht der Umfang der Arbeit nicht für jeden erkennbar sei. Er nutze die Gelegenheit, auch aus seiner Sicht ein herzliches Dankeschön an alle zu sagen, die dazu beigetragen hätten, dass man aktuell so weit gekommen sei.

Unter dem heutigen Tagesordnungspunkt werde man die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses nach Ziffern getrennt beraten und votieren. Unter TOP 2 und 3 der Tagesordnung stünden dann die Einnahmeverbesserungen durch die Zweitwohnungssteuer und die Grundsteuer zur Beschlussfassung an. Die Entscheidung über die Übernachtungssteuer habe man einvernehmlich auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. Mit den heutigen Beratungen schaffe man die Grundlage für die eigentlichen Haushaltsbeschlüsse im Stadtrat am 24.02.2012. Dies voraus geschickt, komme man nun zu den einzelnen Ziffern der Beschlussvorlage:

Ziffer 1:

Der Stadtrat fasst einstimmig nachfolgenden Beschluss:

„1. Die freiwilligen Leistungen im Bereich der Beratung in Fragen der Sozialversicherung werden reduziert.“

Ziffer 2:

Der Stadtrat fasst mit Gegenstimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich nachfolgenden Beschluss:

„2. Beamtenanwärter und Auszubildende werden nach Abschluss ihrer Ausbildung lediglich aus sozialen Gründen nicht mehr zeitlich befristet beschäftigt.“

Ziffer 3:

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid weist darauf hin, mit dieser Angelegenheit habe man sich bereits intensiv im Haupt- und Finanzausschuss beschäftigt und vielleicht gehöre zur Wahrheit auch dazu, dass real nur 5.000 Euro hätten eingespart werden können und nicht wie in der Vorlage erwähnt jährlich 30.000 Euro. In Anbetracht der Position von 5.000 Euro im Verhältnis zu den Zielen des Projektes und insbesondere im Verhältnis dazu, dass man in den letzten Stadtratssitzungen mehrfach Grundstücke in diesem Gebiet für die Passivhausansiedlung veräußert habe, werde seine Fraktion diesem Vorschlag nicht zustimmen.

Frau Brockmann-Kneip (Amt 20) berichtet, es hätten einige zugesagte Auszahlungen noch nicht vorgenommen werden können, weil die Fertigstellung der Häuser noch abzuwarten sei. Es müsse ein Dichtigkeitsstest vorgenommen werden und danach könne erst die Auszahlung erfolgen. Man ginge somit davon aus, dass man 30.000 Euro streichen könne.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) erklärt, seine Fraktion schließe sich den Ausführungen der BIZ-Fraktion an und stimme gegen die Streichung der Mittel.

Der Stadtrat fasst bei Gegenstimmen der Fraktionen BIZ u. Grüne sowie einigen Mitgliedern der SPD-Fraktion und Stimmenthaltungen der übrigen Mitglieder der SPD-Fraktion mehrheitlich nachfolgenden Beschluss:

„3. Die Passivhausförderung wird eingestellt.“

Ziffer 4:

Der Stadtrat fasst bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit Stimmenmehrheit nachfolgenden Beschluss:

„4. Die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit im Umwelt- und Klimaschutz werden reduziert.“

Ziffer 5:

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke legt Wert auf die Feststellung, im Haupt- und Finanzausschuss sei darüber gesprochen worden, dass die Graffitibekämpfung erhalten bleibe, weil dies ein wichtiger Aspekt für das Erscheinungsbild der Stadt sei. Es sei fast schon ein Alleinstellungsmerkmal, dass sich Koblenz so sauber ohne Graffiti präsentiere. Es habe schon die Angst vorgeherrscht, diese Bekämpfungsaktion sei damit zukünftig auch gestrichen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, er könne diese Aussage ausdrücklich bestätigen.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid äußert, seine Fraktion könne sich den Ausführungen des FBG-Fraktionsvorsitzenden nur anschließen. Man habe zunächst die Befürchtung gehabt, dass die Sauberkeit der Stadt darunter leiden werde. Er habe sich aber heute noch einmal bei der betreffenden Stelle versichert, dass der Vorschlag der Verwaltung so abgewogen sei, weshalb wahrscheinlich nicht zu befürchten sei, dass es zu gravierenden Verschmutzungen kommen werde. Dies vor Augen werde man dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

Rm Lehmkühler (SPD) bittet die Verwaltung um eine Erklärung, was es mit der Reduzierung der Papierkörbe auf sich habe.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein erläutert, es ginge bei dieser Position „Reduzierung der Papierkörbe für Kleinabfälle“ um die Tatsache, dass man damit eine Reservevorhaltung betreibe. Es seien demnach nicht die Papierkörbe betroffen, die jetzt schon existent seien. Diese würden nach wie vor ersetzt, aber man müsse wissen, es gebe keine zusätzlichen neuen Abfallbehälter mehr.

Der Stadtrat fasst bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion mit Stimmenmehrheit nachfolgenden Beschluss:

„5. Die Mittel für die Kriminalprävention werden wie folgt reduziert:

1. beim Leistungsumfang sichere saubere Stadt	100.000 €
2. Öffentlichkeitsarbeit	4.250 €
3. Bewirtung	500 €

Ziffer 6:

Der Stadtrat fasst einstimmig bei 1 Stimmenthaltung den nachfolgenden Beschluss:

„6. Der Eigenanteil für die Schülerbetreuung in den Koblenzer Grundschulen (Betreuende Grundschule) wird wie folgt erhöht:

von 11,76 € auf 15,00 €	für das erste Kind
von 19,43 € auf 23,00 €	für zwei Kinder
von 24,54 € auf 28,00 €	für drei Kinder
von 7,67 € auf 11,00 €	für jedes weitere Kind.“

Ziffer 7:

Der Stadtrat fasst bei Stimmenthaltungen der CDU-Fraktion einstimmig nachfolgenden Beschluss:

„7. Die in § 2 der Satzung über die Schülerbeförderung festgeschriebenen Kilometergrenzen werden an die gesetzliche Regelung des § 69 Schulgesetz angepasst.“

Ziffer 8:

Der Stadtrat fasst bei 5 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich nachfolgenden Beschluss:

„8. Der Eigenanteil an der Mittagsverpflegung in den Koblenzer Ganztagschulen wird um 0,50 € je Essen erhöht.“

Ziffer 9:

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke legt Wert auf die Feststellung, dass nicht, wie fälschlich verbreitet würde, die Jugendhäuser geschlossen werden sollten, sondern es ginge vorliegend um eine Prüfung hinsichtlich der Möglichkeit einer Vernetzung der Jugendhäuser und einem eventuell wechselseitig zur Verfügung stellen von Personal. Es ginge nicht darum, Jugendeinrichtungen zu schließen, sondern diese effektiver zu betreiben. Deswegen halte er die bisherige Diskussion in der Öffentlichkeit nicht für förderlich.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig zitiert für die Zuhörer die zu beschließende Textpassage: „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Zusammenlegung von offenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zu prüfen und das Prüfungsergebnis den zuständigen Gremien zur Beratung vorzulegen.“

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen Wiechmann, MdL, stellt fest, im Haupt- und Finanzausschuss sei auch darauf hingewiesen worden, dass die Verwaltung immer Prüfungen anstellen könne, das sei keine Frage. Letztendlich sei doch, wenn man dem Beschluss heute so zustimme, ein Präjudiz damit verbunden. Was in der letzten Zeit auch über die Medien diskutiert worden sei, ginge grundsätzlich in Ordnung. Er glaube, es sei wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in die Politik einmischen würden und die letztentscheidende Sache, die ihm Vertreter deutlich gemacht hätten, sei, dass man den Job habe, nicht an der Jugend zu sparen, sondern für diese zu sparen. Dies sei ihm sehr deutlich geworden. Wenn der Rat hier nun

tatsächlich versuche, Sparpotenziale herauszufinden, dann werde das viel höhere Folgekosten in der Zukunft haben. Daher werde seine Fraktion diesem Beschluss nicht zustimmen.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid sieht seitens seiner Fraktion in der Beschlussvorlage – selbst wenn sie beschlossen würde – kein Präjudiz für eine spätere Entscheidung. Man könne durchaus Dinge prüfen und auch deren Ergebnis hinterfragen, um es dann zu überarbeiten. Davon unabhängig stellt er die Frage, wer das in der Beschlussvorlage zuständige Gremium in der Angelegenheit sei und ob gemäß einem Brief der Vorsitzenden des Jugendrates dieser auch in die Beratungen mit eingebunden werden könne.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig berichtet, er habe am Freitag vergangene Woche in Mainz beim Landtag als einziger Kommunalvertreter Koblenz präsentieren dürfen, um dort den Jugendrat und die Form der Jugendbeteiligung vorzustellen. Was Koblenz seit vielen Jahren praktiziere, werde als Landesvorbild empfunden. Wenn dem so sei, dann sei es für ihn auch selbstverständlich, dem Wunsch des Jugendbeirates Rechnung zu tragen und auch dort das Prüfergebnis zu diskutieren; was aber keineswegs heiße, dass man sich dann als zuständiges Beschlussorgan an das eine oder andere Votum gebunden fühle, sondern dies bedeute lediglich, auch deren Votum mit einzubeziehen in die Abwägung. Dies sage er hiermit zu.

Rm Scherhag (CDU) beantragt Bezug nehmend auf die Ausführungen des FBG-Fraktionsvorsitzenden Gniffke den Begriff „Zusammenlegung“ durch die Formulierung „Zusammenarbeit“ zu ersetzen, um dort den Prüfauftrag zu erteilen, der ergebnisoffen sei.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer ergänzt, aus der Zusammenarbeit könne sich später auch ein Ergebnis hinsichtlich Einsparmöglichkeiten ergeben. Auch nach Auffassung ihrer Fraktion sei ein Prüfergebnis immer offen und eine Beteiligung des Jugendrates würde man ebenfalls gerne sehen, allerdings besser im Vorhinein.

Sie wolle aber auch darauf hinweisen, dass auf dem Jugendzeltplatz auch Jugendarbeit stattfinde. Zudem habe man die Jugendfeuerwehr, Sportvereine und sonstige Vereine, die Jugendarbeit betreiben würden. Es werde in der Öffentlichkeit so dargestellt, als wolle die Stadt jegliche Jugendarbeit nicht mehr finanzieren. Dies sei falsch und im Gegenteil sei es für alle im Rat wichtig, dass die Jugendarbeit weiter fortgesetzt werde.

Rm Schupp (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion werde der Angelegenheit zustimmen, weil es sich schlicht um eine Prüfung handle. Wenn das Prüfergebnis später so aussehen sollte, dass man durch eine Zusammenlegung oder aber Kooperation Gelder sparen könne, ohne das dadurch ein großer Verlust für die Jugendarbeit entstehe, dann sei dies zunächst gut. Man bitte aber auch darum, den Jugendrat unbedingt mit einzubinden, weil diese Experten in ihrer Lebenswelt seien.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt mit Blick auf die Einigkeit seitens des Rates vor, den Beschlusstenor dahingehend zu überarbeiten, dass das Prüfergebnis den zuständigen Gremien (darunter dem Jugendrat) zur Beratung vorzulegen sei.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein gibt den rechtlichen Hinweis, nach § 16 c Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz sei der Jugendrat zwingend bei Vorhaben zu beteiligen, die die Jugend betreffen. Daher brauchte es nicht des Vorbehaltes, da der Jugendrat per Gemeindeordnung eine solch wichtige Funktion innehabe.

Rm Pilger (SPD) möchte zu bedenken geben, welches Signal von der Beschlussfassung ausginge. Man habe in den letzten Jahren Projekte in Millionenhöhe angeschoben und nun ginge das Zeichen an Kinder und Jugendliche, dass man in diesen Bereichen eventuell einige Tausend Euro sparen wolle. Daher halte er den Aufschrei in den Medien für berechtigt.

Er bezweifle auch, dass es noch Kooperationsmöglichkeiten im Personalbereich gebe. Man sollte diesbezüglich einmal die Einrichtungen besuchen und sich vor Ort über die Personalausstattung informieren. Diese würden jetzt schon mit Personalmangel kämpfen.

Aus den vorgenannten Gründen werde er seine Zustimmung nicht erteilen.

Rm Lehmkuhler (SPD) sieht in dem Vorschlag, die Beschlussfassung dahingehend zu ändern, dass man Zusammenlegung / Zusammenarbeit schreibe, einen guten Kompromiss, damit das allumfassende deutlich werde und nicht der Eindruck entstände, als ob von Anfang an die Zusammenlegung das Ziel des Prüfauftrages sein solle. Dann werde auch eine breite Zustimmung des Rates möglich sein.

Rm Schupp (FDP) unterstützt auch seitens seiner Fraktion den Änderungsantrag. Zu den Ausführungen von Rm Pilger (SPD) merkt er an, wenn das Prüfergebnis klar ausweise, dass zu wenig Personal vorhanden sei und es funktioniere so nicht, dann liege es immer noch am Rat, zu entscheiden, ob man den Weg so gehen wolle. Dann müsse man die Prüfung nicht schon im Vorfeld ausschließen.

Rm Scherhag (CDU) betont auf Anfrage, der Prüfauftrag solle nicht als Ergebnis eine Zusammenlegung haben. Dagegen spreche man sich gegen eine Formulierung „Zusammenlegung / Zusammenarbeit“ aus.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) vertritt die Auffassung, grundsätzlich könne die Verwaltung diese Prüfung selbstständig durchführen. Er wisse nicht, warum diese Signalwirkung vom Rat ausgehen müsse. Die Bürgermeisterin als zuständige Dezernentin könne doch eine Prüfung beantragen, um die Angelegenheit intern zu untersuchen, ohne entsprechende Mediendiskussionen und Außenwirkung hervorzurufen. Das Prüfergebnis könne man dann dem Rat zur Entscheidung vorlegen.

Zudem merkt er an, es gebe zwei große Ursachen für die Verschuldungssituation: dies sei zum einen das strukturelle Problem, das Koblenz im Moment ereilt habe. Deshalb habe man sich auch daran beteiligt, im Rahmen der jetzigen Konsolidierungsmaßnahmen Dinge zu tun, die man normal nicht hätte haben wollen, denn es gebe ein strukturelles Defizit, das begründet sei in der Doppik, weil es dort sichtbar gemacht worden sei. Vorher habe man dieses einfach nicht gesehen. Weil nun die Abschreibungen mit 20 Mio. Euro zuschlagen würden, werde deutlich, dass man die Jahre vorher über die eigenen Verhältnisse gelebt habe. Jetzt könne man es klar erkennen.

Zweitens sei der Kulturbau als Investition in diesem Jahr kostenträchtig. Weil er im Moment noch keine Abschreibung verursache, sei davon der Ergebnishaushalt noch nicht betroffen. Der Ergebnishaushalt sei aber insofern davon betroffen, dass man ein strukturelles Risiko habe. Diese beiden Sachen müsse man immer auseinander halten, wenn man ehrlich und klar die Probleme beleuchten wolle.

Rm Pilger (SPD) stellt mit Blick auf die Diskussion klar, es könne niemand im Saal bestreiten, dass in den letzten beiden Jahren Millionen mit Mehrheit des Rates bewegt worden werden seien. Darum sei es ihm in seinem Wortbeitrag zuvor gegangen.

Zum anderen habe er bei beiden Haushaltsberatungen betont, dass Koblenz ein Problem im strukturellen Bereich habe, nämlich im Bereich der Sozialhilfeleistungen, der Transferkosten. Diesbezüglich habe er immer gesagt, wenn man diesen Mechanismus nicht unterbreche, d.h. Kinder und Jugendliche mehr in normale Lebensvollzüge zu bringen, dann schaffe man es auch nicht, strukturell die Stadt zu entlasten.

Es gebe Prognosen, dass 2020 die Kommunen nicht mehr in der Lage sein würden, die Transferleistungen zu zahlen. An diesem Punkt müsse man ansetzen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt zunächst fest, dass sich ein Konsens darstelle, die Beschlussempfehlung dahingehend zu ergänzen, dass man nach der Formulierung „...zuständige Gremien“ in Klammern hinzufüge: „darunter der Jugendrat“. Gegen diese Änderung des Textes erhebt sich kein Widerspruch seitens des Stadtrates.

Im Anschluss lässt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen, das Wort „Zusammenlegung“ in der Beschlussfassung zu ersetzen durch „Zusammenarbeit“.

Der Stadtrat stimmt diesem bei 27 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen mehrheitlich zu.

Danach stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den nunmehr geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

9. Die Verwaltung wird beauftragt eine Zusammenarbeit von offenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zu prüfen und das Prüfungsergebnis den zuständigen Gremien, darunter auch dem Jugendrat, zur Beratung vorzulegen.

Der Stadtrat stimmt diesem mit Stimmenmehrheit zu.

Ziffer 10:

Rm Altmaier (SPD) verweist auf die Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses und stellt fest, dass man sich einig gewesen sei, dass die Prüfung des Angebots der Volkshochschule unter Wahrung der Fördermöglichkeiten des Landes erfolgen sollte.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den Beschlusstext zur Abstimmung:

„10. Die Verwaltung wird beauftragt für den Bereich der Volkshochschule und des Stadtarchivs das Angebot zu prüfen und das Prüfungsergebnis den zuständigen Gremien zur Beratung vorzulegen.“

Der Stadtrat stimmt diesem einstimmig zu.

Ziffer 11:

Der Stadtrat fasst bei 1 Stimmenthaltung einstimmig nachfolgenden Beschluss:

„11. Die Verwaltung wird beauftragt die Voraussetzungen zum Verkauf des ehemaligen Soldatenschwimmbades in Horchheim zu schaffen“

Ziffer 12:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig informiert über einen ihm vorliegenden Antrag der BIZ-Fraktion, wonach über die beiden Teile des Beschlusses getrennt abgestimmt werden solle. Diesem werde er selbstverständlich folgen.

Des Weiteren liege ihm ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor, der bitte, die Beschlussempfehlung dahingehend zu ergänzen: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Schließung des Freibades in Stolzenfels zu prüfen mit der Alternative, dort einen Jugendzeltplatz einzurichten oder zu prüfen, ob das Freibad an den Förderverein verschenkt werden könne.“

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid erläutert zum Wunsch der getrennten Abstimmung, man erachte es nicht als vereinbar mit Nummer 7 des Eckwertebeschlusses, dass eine Koppelung stattfinde zwischen einer Streichung des Leitungsangebotes und der Prüfung, eine neue Investition zu tätigen. Der Stadtrat habe sich grundsätzlich auferlegt, keine neuen Investitionen vorzunehmen. Auch wenn die BIZ-Fraktion der Meinung sei, dass ein Jugendzeltplatz wünschenswert für die Jugend in Koblenz wäre, so erachte man es doch als Gebot, sich an diesem Punkt an den Eckwertebeschluss des Rates zu halten. Deshalb bitte man um getrennte Abstimmung.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig merkt an, dass er die angesprochene Frage seitens der Verwaltung geprüft habe, dass es legitim sei, eine separate Beschlussfassung zu beiden Sachverhalten zu beantragen. Aber ein Widerspruch zwischen dem Eckwertebeschluss und der Beschlussempfehlung sei dahingehend zu verneinen, weil eben durch die Zusammenführung der Streichung einerseits bei gleichzeitiger Errichtung einer Alternative mittelfristig per Saldo eine Einsparung erzielt werde. Nur unter diesem Gesichtspunkt der Zusammenführung beider Aspekte sei in der Tat eine neue Aufgabe, nämlich die Durchführung des Jugendzeltplatzes, mit dem Eckwertebeschluss vereinbar. Dies sei das Ergebnis der Prüfung durch die Verwaltung.

Rm Lehmkühler (SPD) nimmt Bezug auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und geht davon aus, dass die Fraktion mit dem Förderverein im Vorfeld Kontakt aufgenommen habe. Denn dies würde für den Förderverein bedeuten, dass sämtliche Kosten und die Verkehrssicherungspflicht auf diesen übergingen. Er könne sich nicht vorstellen, dass der Förderverein, der in den letzten Jahrzehnten ehrenamtlich sehr großes geleistet habe, dies leisten wolle und könne.

Rm Schupp (FDP) möchte Rm Wefelscheid (BIZ) dahingehend widersprechen, als das er den Jugendzeltplatz nicht als eine Maßnahme sehe, die gegen den Eckwertebeschluss spreche würde, weil der Stadtjugendring und der Jugendhilfeausschuss bereits seit mehr als einem Jahrzehnt daran arbeiteten, einen Jugendzeltplatz zu errichten. Es sei seinerzeit auch die Schmittenhöhe als Standort geprüft worden. Insofern sehe er keinen Verstoß gegen den Eckwertebeschluss.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer betont, vorliegend ginge es um einen Prüfauftrag. Über die Definition neuer Maßnahmen befinde man sich ständig in Diskussionen. Auch ihre Fraktion sehe dies nicht als neue Maßnahme in dem Sinne, denn man habe schon öfter Mittel in den Haushalt eingestellt, um endlich einen Jugendzeltplatz zu etablieren. Der Prüfauftrag werde ergebnisoffen erteilt und daher werde die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zustimmen. Aber dem Antrag der Grünen werde man nicht zustimmen.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) berichtet, es gebe bisher keine Aussprache mit dem Förderverein. Vorliegend handle es sich um einen Prüfungsauftrag, den die Verwaltung erledigen solle und dann müsse man das Prüfungsergebnis abwarten. Es könnte doch durchaus sein, dass der Förderverein mit einem kleinen Zuschuss seitens der Stadt zu Recht käme und man habe verwaltungsseits 30.000 Euro Abbruchkosten dagegen zu rechnen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke verdeutlicht, man berate schon seit Jahren über die Schließung des Schwimmbades. Man könne zudem beobachten, dass die Bevölkerung im Ortsteil nicht zunehme und über den Jugendzeltplatz rede man ebenfalls seit vielen Jahren. Deswegen handle es sich hierbei um keine neue Maßnahme. Daher könne die FBG-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag so zustimmen.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Wefelscheid gibt zu bedenken, wenn der Rat nun damit anfangen, beim Grundsatzbeschluss den Terminus „begonnene Investition“ darauf auszudehnen, was jahrelang im Gespräch gewesen sei, dann müsste das neue Hallenbad auch errichtet werden. Die Stadt habe sogar Grundstücke im Bereich Gülser Moselbogen und bezahle seit Jahren dafür, weil dort Planungen liefen. Der eingeschlagene Weg sei sehr gefährlich. Wenn man diese Diskussion eröffne, könne man darunter alles subsumieren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig hält entgegen, wie zu merken gewesen sei, hätte er diesen Weg nicht eingeschlagen. Wegen der Vermeidung von Missverständnissen und Präjudizien wolle er dies bekräftigen. Er habe gesagt, diese Kopplung sei für ihn deswegen an der vorliegenden Stelle zulässig, weil es per Saldo zu einer Einsparung führe. Wäre es hingegen eine strukturell verteuernde Maßnahme, hätte er an dieser Stelle ein Problem. Genau diesen Punkt habe die Verwaltung geprüft.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig zunächst den Ergänzungsantrag der Grünen zur Abstimmung. Diesen lehnt der Stadtrat bei 6 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

Anschließend erfolgt auf Antrag der BIZ-Fraktion eine getrennte Abstimmung über die jeweiligen Empfehlungen der Verwaltung (1. Prüfauftrag und 2. Alternative Prüfung der Errichtung eines Jugendzeltplatzes).

Der Stadtrat stimmt bei 2 Stimmenthaltungen einstimmig zu, den Prüfauftrag zu erteilen.

Der Stadtrat stimmt bei Gegenstimmen der BIZ-Fraktion und 2 Stimmenthaltungen mit Stimmenmehrheit der Alternativen-Prüfung zur Errichtung eines Jugendzeltplatzes zu.

Ziffer 13:

Rm Altmaier (SPD) möchte in der Angelegenheit die Öffentlichkeit darüber informieren, dass der Intendant schon ein Angebot für den Haushaltsentwurf 2012 unterbreitet habe und dort seinerseits sein künstlerisches Ensemble überprüft habe. Diesbezüglich seien auch schon zwei Einsparvorschläge in den Haushaltsentwurf 2012 eingeflossen. Er denke, dies unterstreiche auch, dass man mit dem Intendanten und dem Verwaltungsleiter verantwortungsvolle Mitarbeiter der Stadt habe, die sich Gedanken machten, wie sie das Theater auf hohem Niveau halten könnten, ohne sich von Sparvorgaben abzugrenzen. Es sei fälschlicherweise in der Diskussion der Eindruck entstanden, als seien öffentliche Mittel verprasst worden. Dieser Punkt sei in den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss seines Erachtens widerlegt worden.

Auch im Haupt- und Finanzausschuss sei wie im Kulturausschuss das Thema der Kooperation sehr intensiv diskutiert worden. Diese Kooperation solle, sofern sie zu Kosteneinsparungen führe, nur dann noch einmal zur Abstimmung gestellt werden, wenn absehbar sein, dass diese zu einem Erfolg führe und nicht in eine Sackgasse.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bekräftigt, Ziel der Angelegenheit seien Einsparungen und wenn die Prüfergebnisse dazu führten, dass man an einer Stelle nicht zu diesem Ziel komme, dann werde die Idee nicht weiter verfolgt. Er betont, eine Kooperation nur um der Kooperation Willen sei nicht gewünscht, sondern diese solle nur erfolgen, wenn der Nachweis erbracht werden könne, dass es zu Einsparungen führe. Darüber habe es zwischenzeitlich auch eine Verständigung mit dem Oberbürgermeister von Trier gegeben mit der Bitte, das die beiden Kulturdezernenten zusammen mit den Intendanten dies noch einmal in die Hand nehmen sollten, um zu sehen, ob man dort nicht weiter kommen könne, als dies bisher geschehen sei.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke begrüßt auch seitens der FBG-Fraktion die Vorschläge der Intendanz und der Leitung des Theaters, wolle aber auch darauf hinweisen, dass diese ebenfalls durch den Förderverein der Philharmonie und den des Theaters zustande gekommen seien.

Rm Kaiser (FDP) verweist auf den diesbezüglichen Antrag seiner Fraktion und begrüße es dass sich hier eine Bewegung abzeichne und das Theater auch tatkräftig daran mitarbeite. Man denke trotzdem, dass man darüber hinausgehen sollte, um konzeptionell und tiefer in die Materie einzusteigen. Dies seien Anpassungen und Untersuchungen, kleine Korrekturen. Man sollte die Chance nicht verpassen, ein tiefer gehendes Konzept auch einzufordern und diesbezüglich werde sich seine Fraktion noch stärker einbringen.

Zweitens sollte noch einmal über die Organisationsstruktur des Stadttheaters gesprochen werden, denn es gebe einige Dinge, wie z.B. die Eintrittspreise, die man anders und eigenständiger regeln könne.

Die FDP-Fraktion wolle noch einmal bekräftigen, dass man sich freue, dass alle daran mitarbeiten und versuchen würden, sich einzubringen und das Theater nicht per se als Tabu zu erklären.

Beigeordneter Knopp merkt an, das Theater habe sich nicht auf den Weg des Sparens gemacht, weil die FDP-Fraktion im Dezember letzten Jahres einen Antrag gestellt habe. Dies habe man schon vorher im Rahmen der so genannten „3-Mio.-Liste“ getan. Im Rahmen der Auflagen der ADD habe man schon schmerzhaft Einschnitte von 200.000 bis 300.000 Euro realisiert und man habe auch weiterhin im Haushaltsplanentwurf 2012 konkrete Maßnahmen - unter anderem auch beim Personal durch Nichtverlängerungen - und einschneidende Eingriffe angeboten und realisiert. Daher wolle er dem Eindruck entgegen treten, dass man hier Tabus brechen oder „jemanden zum Jagen tragen“ müsse. Dies sei geübte Praxis.

Als Kulturdezernent sage er hier auch ganz klar, er werde das Koblenzer Stadttheater als 3-Sparten-Haus im 225. Jahr des Bestehens in Frage stellen und auflösen. Das werde man von ihm nicht erwarten können.

Rm Altmaier (SPD) nimmt Bezug auf die Ausführungen des Rm Kaiser (FDP) und vertritt die Auffassung, man müsse in der Angelegenheit klarer formulieren. Denn man stelle damit das Theater Koblenz in Frage, so wie es auf derzeit hohem Niveau arbeitete. Wenn man Anträge oder Sonstiges vortrage, dann müsse man deutlich machen, dass man klar der Auffassung sei, dass man das, was Koblenz mit eigenem Ensemble in hoher Qualität deutschlandweit anerkannt auf

die Bühne bringen könne, in Frage stelle und ein Wandertheater genauso lieb sei, wo irgendwer auf dieser Bühne auftrete, aber nicht das eigene Koblenzer Theater, mit dem sich viele Koblenzer und die Region insgesamt identifizieren würden. Das gehöre dann auch zur Wahrheit und Klarheit dazu.

Es sei auch schon einmal die Anregung im Kulturausschuss vorgetragen worden, das man zu dem leidigen Thema der Rechtsform des Theaters als GmbH oder eines Eigenbetriebes anstelle eines Regiebetriebes mit dem Deutschen Bühnenverein Gespräche aufnehmen sollte, damit fachkundig berichtet werden könne, welche Vor- und Nachteile dies habe.

Letztenendes gehöre es auch zur Kenntnisnahme, dass der Rost über die Preisstruktur des Theaters zu beraten und zu befinden habe. Diese lege nicht das Theater fest und auch nicht der Intendant, es sei einzig und alleine in der Entscheidungsgewalt des Stadtrates. Auch dort gebe es einen, wie er finde, ausgewogenen und guten Vorschlag seitens der Theaterleitung, der im nächsten Kulturausschuss beraten werde. Dort könne man dann über die Angelegenheit diskutieren.

Rm Kaiser (FDP) wehrt sich gegen den Vorwurf, die FDP-Fraktion habe verlangt, das Theater Koblenz aufzulösen, Sparten zu schließen oder ähnliches. Er bemerke an dieser Stelle, dass man durchaus ein Tabu berühre. Wenn man den Antrag, den die FDP-Fraktion mit der Intendanz besprochen habe, richtige gelesen hätte, dann stehe darin nicht, dass man etwas umsetzen wolle, sondern dass man ein Konzept und eine dazugehörige Vorlage haben wolle, die Einsparungspotenziale erläutere und erkläre. Man wolle gerne etwas einsparen und bitte um Darlegung, welche Konsequenzen dies habe. Über verschiedene Szenarien hätte man hier dann beraten und konkret entscheiden können.

Die FDP-Fraktion freue sich, dass in der Haushaltsstrukturkommission Leute säßen, die dies ähnlichen sehen würden. Diesen werfe er nur vor, dass nicht im Vorfeld ein Konzept gefordert worden sei und eine genaue Bezifferung, welche Kosten und Entwicklungen dadurch entstünden, sondern dass die Forderung einfach so entstanden sei. Seine Fraktion habe mit dem Antrag belegbare Fakten gefordert, mit denen der Rat arbeiten und beraten könne.

Jeder, der behaupte, man wolle das Theater schließen, baue ein Tabu auf, dass man von Anfang an nicht mehr darüber sprechen dürfe. Aber die FDP-Fraktion werde weiterhin deutliche Worte darüber verlieren, weil man kein Tabu bei den Finanzberatungen haben wolle. Man wolle ebenfalls ein zukunftsfähiges Theater. Aber man müsse es auf Dauer auch bezahlen können und nicht in 8 Jahren abschreiben müssen, weil man kein Geld mehr im Stadtsäckel habe.

Beigeordneter Knopp nimmt Bezug auf den erwähnten Antrag der FDP-Fraktion und zitiert daraus: „...10, 20, 30 % sparen bei den Ausgaben...“, „...die Schließung von einer oder mehrerer Sparten am Stadttheater...“. Er fragt, was dies anderes sein solle, als ein Auflösen des Stadttheaters. Dies könne man im Nachhinein nicht schönreden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den folgenden Beschlusstext zur Abstimmung:

„13. Für den Bereich des Stadttheaters wird die Verwaltung beauftragt eine Anpassung der Eintrittspreisstruktur, eine Kooperation mit dem Stadttheater Trier und eine Reduzierung des künstlerischen Ensemble zu prüfen und das Prüfungsergebnis den zuständigen Gremien zur Beratung vorzulegen.“

Der Stadtrat fasst bei 1 Stimmenthaltung einstimmig den obigen Beschluss.

Ziffer 14:

Im Übrigen weist Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig darauf hin, dass der Stadtrat Ziffer 14 nur zur Kenntnis zu nehmen habe, da die Angelegenheit in der alleinigen Verantwortung der Verwaltung stehe und dem Haupt- und Finanzausschuss mitgeteilt worden sei, wie die Verwaltung gedenke, diesen Vorschlag umzusetzen.

Rm Assenmacher (CDU) merkt zu der Angelegenheit an, die CDU-Fraktion nehme dies ungern zur Kenntnis. Man habe schon ausführlich in den Ausschüssen dargelegt, dass man der Auffassung sei, dass der Lotse für Investoren bei der Wirtschaftsförderung unabhängig richtig angesiedelt sei und es nicht eine Aufgabe der Bauverwaltung darstelle, diese vernetzte Aufgabe für Investoren in Koblenz vorzunehmen. Man habe im Wirtschaftsförderungsausschuss die Anforderung von Amazon für die Ansiedlung in Koblenz gehabt. Dort gebe es Fragen, die mit dem Bauen unmittelbar zwar nichts zu tun hätten, die aber andere Anforderungen an den Standort stellten. Deswegen sei die CDU-Fraktion unverändert der Meinung, man hätte diese Aufgabe besser in der Wirtschaftsförderung belassen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig verweist darauf, dass er im Haupt- und Finanzausschuss die Gründe erläutert habe und es unbestritten eigenes Verwaltungshandeln sei, wen man mit welcher Aufgabe betraue. Zudem werde auf Grund eines Personalwechsels ohnehin eine Änderung eintreten. Im Zuge dessen habe es weiter eine Diskussion gegeben, ob es nicht die originäre Aufgabe des Amtes für Stadtentwicklung und Bauordnung sei, sich um die Interessen potentieller Investoren selbst zu kümmern in Abstimmung mit der Wirtschaftsförderung. Darüber habe es zwischenzeitlich Gespräche gegeben sowohl mit dem Baudezernenten als auch mit den Amtsleitern, die übereinstimmend zu dem Ergebnis geführt hätten, mit dem man zufrieden sein könne.

Rm Lehmkuhler (SPD) betont für die SPD-Fraktion, dass man die Angelegenheit zur Kenntnis nehme, aber daraus keine Zustimmung abgeleitet werden könne. Diesbezüglich habe man auch im Haupt- und Finanzausschuss die eigene Position dargelegt. Er kündige bereits hier an, dass sich seine Fraktion vorbehalte, im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Stellenplan ggf. einen Antrag einzubringen, weil man die Auffassung der Verwaltung so nicht teilen könne.

Rm Scherhag (CDU) verdeutlicht, die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass man dringend die Lotsenfunktion weiterhin beim Amt für Wirtschaftsförderung belassen solle, weil zum einen der Lotse in der Vergangenheit ein vielfältiges Aufgabengebiet wahrgenommen habe, das durchaus sehr zielführend gewesen sei, wenn man sich die Ansiedlungen in der Vergangenheit ansehe. Daher sei man der Meinung, dass dort an der falschen Stelle gespart werde.

Des Weiteren wolle man auch darauf hinweisen, dass man keinen Wirtschaftsförderer als Amtsleiter mehr habe, sondern nur noch einen Teilzeit-Wirtschaftsförderer, der gleichzeitig Geschäftsführer des Technologiezentrums sei und dort auch die Dinge vorantreibe. Momentan sei er auch noch in dem Projekt Kulturbau Zentralplatz eingebunden. In diesem Zusammenhang halte man es für wichtig, dass die bereits vorgebrachte Kritik in anderen Gremien an der Entscheidung untermauert werde.

„Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis:

Die Aufgaben des „Lotsen für Investoren“ werden künftig vom Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung wahrgenommen. Die Aufgabe wird in die bestehende Organisation integriert. Die Stelle beim Amt für Wirtschaftsförderung wird eingespart.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt fest, damit seien alle Aspekte des „17-Punkte-Programms“ mit den damit verbundenen Beschlussempfehlungen beraten und entschieden.